



Anzug Toni Casagrande betreffend Asylzentren resp. Asylwohnheimen in Wohnquartieren

Aufgrund der steigenden Asylzahlen in der Schweiz ist auch der Kanton Basel-Stadt vermehrt in der Frage der Unterbringung von Asylanten resp. vorläufig aufgenommenen Personen gefordert.

Vor wenigen Wochen wurden zwei neue Unterkünfte für Asylsuchende eröffnet. Eines dieser beiden Unterkünfte befindet sich an der Freiburgerstrasse, das zweite – inmitten des belebten Quartiers Gundeldingen – an der Frobenstrasse.

Gerade das besagte Wohnheim an Frobenstrasse hat bei den Anwohnern zu Recht für Unmut gesorgt. Im Gundeli gibt es bereits heute Asylwohnheime, eines davon gar in unmittelbarer Nähe zur neuen Unterkunft. Diese Entscheidung erstaunt umso mehr, als das in den vergangenen Jahren viele finanzielle Mittel für die Aufwertung des Gundeli gesprochen wurden. Zusätzliche Asylwohnheime stehen damit diametral zur Quartierentwicklung.

Seitens der Behörden wird an Informationsveranstaltungen der Bevölkerung vermittelt, dass in sämtlichen Wohnquartieren Basels weitere solche Unterkünfte geplant sind. Gemäss Aussagen der verantwortlichen Personen sind nur Bewohner der Quartiere Gellert und Bruderholz vor der Errichtung solcher Heime verschont.

Diese Entwicklung ist besorgniserregend und falsch. Es ist eine belegbare Tatsache, dass solche Asylwohnheime für die Bewohnerinnen und Bewohner der angrenzenden Liegenschaften und Quartieren eine Gefahr und ein Ärgernis darstellen. Oftmals lungern die Asylsuchenden den ganzen Tag vor den Liegenschaften umher, verschmutzen und verdrecken die Strassen und Vorgärten. Zudem wird seitens der Bewohner oft von nächtlichen Polizeieinsätzen, lautstarken Auseinandersetzungen und weiteren Vorkommnissen gesprochen.

Es steht aus Sicht der Anzugsstellenden damit ausser Frage, dass Asylwohnheime nicht in Wohnquartieren errichtet werden dürfen resp. dass auch bestehende Unterkünfte – im Sinne der öffentlichen Sicherheit in den Quartieren – geschlossen werden müssen.

Die Anzugsstellenden bitten daher den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob

1. er an der Strategie Asylwohnheime in Quartieren, angesichts der anhaltenden Vorkommnisse und Beschwerden seitens Anwohnerschaft festhalten will.
2. bestehende Asylwohnheime in den Quartieren geschlossen werden können und dafür Unterkunftsmöglichkeiten in Grenznähe errichtet werden können.
3. der Kanton Basel-Stadt angesichts der Zustände in unserem Kanton bei der Eidgenossenschaft vorstellig werden kann, um keine weiteren Asylanten aufnehmen zu müssen.
4. der Kanton Basel-Stadt die ihm zugewiesenen Asylsuchenden gegen finanzielle Abgeltung an andere Kantone abgeben kann, welche willens und fähig sind Asylsuchende zu übernehmen.

Toni Casagrande Sebastian Frehner Alexander Gröflin Patrick Hafner Oskar Herzig Bruno Jagher
Ursula Kissling Roland Lindner Felix Meier Lorenz Nägelin Edi Rutschmann Heinrich Ueberwasser
Andreas Ungricht Rudolf Vogel Samuel Wyss



Anzug Lorenz Nägelin betreffend Standortverlegung der Drogenabgabestellen „K&A Heuwaage und Spitalstrasse“

Im Rahmen diverser Gespräche mit Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit dem schlechten Städte-Rating der Stadt Basel innerhalb der Schweiz wurde der Wunsch einer Verlegung der staatlichen Heroinabgabestellen („K&A“) Heuwaage und Spitalstrasse geäussert. Insbesondere diese beiden Standorte (neben dem dritten „K&A“ am Wiesenkreisel) sind in einer derart zentralen Lage, dass das Stadtbild, das Image und die öffentliche Sicherheit durch diese beiden Einrichtungen merkbar gestört und verschlechtert werden.

Gerade die direkten Negativ-Auswirkungen auf die Nebenanlagen (z.B. St. Johann-Schulhaus, Restaurationsbetriebe, Spitäler, Nachtigallenwäldli und Heuwaage-Unterführung/-Parking) sind für die Bevölkerung – insbesondere für Kinder und Jugendliche – untragbar. Zwar werden die drogensüchtigen Personen nach der erfolgten Abgabe tröpfchenweise wieder auf die Strasse gelassen, jedoch lassen sich diese Negativ-Auswirkungen nicht vermeiden. So hört man immer wieder von Übergriffen im Nachtigallenwäldli, von polizeilichen Warnungen den Park bei der K&A Heuwaage bei Dunkelheit zu meiden, von Belästigungen im Bereich Spitalstrasse/Schanzenstrasse an den Bushaltestellen und von Störungen der auf dem Weg liegenden Restaurationsbetriebe. Nicht ohne Grund wird für die Eingang- und Ausgangskontrolle ein privater Sicherheitsdienst aufgeboten.

Mit der vorgesehenen Umgestaltung/Neuplanung der Heuwaage und insbesondere mit dem Neubau des Universitätskinderspitals beider Basel an der Spitalstrasse sind die beiden erwähnten Abgabestellen am jetzigen Standort unhaltbar. Es ist unbestritten, dass es sich bei den beiden Plätzen um elementare und zentrale Plätze unserer Stadt handeln wird – entsprechend also gänzlich ungeeignet für die Drogenabgabe.

Die Anzugsstellenden bitten den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten,

1. ob die beiden Drogenabgabestellen K&A Heuwaage und K&A Spitalstrasse aus dem Stadtzentrum verlegt werden können.
2. ob allfällig ein einziger Standort ausserhalb des Stadtzentrums für alle drei bestehenden „K&A“-Stellen gefunden werden könnte.
3. ob als neuer Standort beispielsweise das Geviert Freiburgerstrasse (rund um die Empfangsstelle und das Ausschaffungsgefängnis Bässlergut) in Frage käme.
4. ob die Heroinabgabe allenfalls in einen Gefängniskomplex (bspw. Waaghof) verlegt werden könnte.

Lorenz Nägelin Toni Casagrande Sebastian Frehner Alexander Gröflin Patrick Hafner Oskar Herzig
Bruno Jagher Ursula Kissling Roland Lindner Felix Meier Andreas Ungricht Edi Rutschmann
Heinrich Ueberwasser Rudolf Vogel Samuel Wyss



Anzug Sebastian Frehner betreffend 24h-Öffnungszeiten der Polizeiposten im Kanton

Es ist ein andauerndes Ärgernis, dass im Rahmen der Reorganisation „OPTIMA“ der Kantonspolizei Basel-Stadt die Polizeiposten nicht mehr im 24 Stunden-Betrieb geöffnet sind.

Die Anwohnerschaft in den Quartieren, dies haben die Ergebnisse der Umfrage der SVP-Sicherheitskampagne ergeben, wünschen, dass ihre Polizeiposten rund um die Uhr geöffnet sind.

Seit einiger Zeit schon sind zentrale Posten in der City (Polizeiposten Spiegelhof) und im Gundeli (Polizeiposten Gundeldingen) sowie im Bahnhofgeviert (Polizeiposten Basel SBB) nicht mehr rund um die Uhr geöffnet. Das Sicherheitsempfinden der Anwohnerschaft, aber auch die Möglichkeit einer Anzeige resp. Meldung – wie im jüngsten Diebstahlfall an einem frühen Abend am 24.07. in der Innenstadt gesehen – hat seit der Schliessung deutlich abgenommen.

Es ist unverständlich, dass in einer Stadt, in welcher pro Jahr 4 Milliarden Steuerfranken ausgegeben werden, die Polizei ausgerechnet bei der Sicherheit spart und die Öffnungszeiten von Polizeiposten einschränkt.

Die Anzugsstellenden bitten den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten

1. ob das jetzige System mit nur noch drei Polizeiwachen (Kannenfeld, Clara und Riehen) rückgängig gemacht werden kann und
2. ob die Polizeiposten Gundeldingen, Bahnhof SBB wie auch Spiegelhof inskünftig wieder 24 Stunden geöffnet haben können.
3. ob die Öffnungszeiten der erwähnten drei Polizeiposten zumindest ausgedehnt werden könnten.

Sebastian Frehner Toni Casagrande Alexander Gröflin Patrick Hafner Oskar Herzig Bruno Jagher
Ursula Kissling Roland Lindner Felix Meier Lorenz Nägelin Edi Rutschmann Heinrich Ueberwasser
Andreas Ungricht Rudolf Vogel Samuel Wyss



Anzug Edi Rutschmann betreffend Betreuungszuführungen in Verantwortung des Betreibungsamtes stellen

Nichtzugestellte Betreuungsdokumente werden im Kanton Basel-Stadt, nachdem alle anderen Möglichkeiten der Zustellung ausgeschöpft wurden, im Auftrag des Betreibungsamtes Basel-Stadt durch die Kantonspolizei Basel-Stadt bearbeitet. Die Polizei versucht den Schuldner am Wohn- oder Arbeitsort ausfindig zu machen und so das Betreuungsdokument auszuhändigen.

Dieses Vorgehen erscheint nicht mehr zeitgemäss. Es ist kaum zu rechtfertigen, dass die heute sehr knappen Polizeiresourcen für derartige „Botengänge“ zweckentfremdet werden, obwohl das Polizeigesetz dies grundsätzlich zulässt. Die Kantonspolizei sollte sich, gerade im Zusammenhang mit den zunehmend anspruchsvolleren Aufgaben zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit im Stadtkanton, um wichtigere Belange kümmern dürfen.

Die Zustellung von Betreuungsdokumenten kann aus Sicht der Anzugsstellenden Aufgabe der Betreibungsbeamten werden. Die Betreibungsbeamten haben, wie auch die Pfändungsbeamten, sicherlich die entsprechende Kompetenz um diese Zustellungen reibungslos zu gewährleisten. Zudem sind sie zumeist besser mit dem entsprechenden Fall vertraut.

Die Anzugsstellenden bitten den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten,

1. ob die Zustellungstätigkeiten von Betreuungsdokumenten, zwecks Ressourcenoptimierung bei der Kantonspolizei Basel-Stadt, inskünftig dem Betreibungsamt Basel-Stadt resp. den dort zuständigen Angestellten abgetreten werden kann.
2. inwiefern diese Neuorganisation der Zustellungen innerhalb des Betreibungsamtes Basel-Stadt ressourcenneutral durchgeführt werden kann.
3. ob hierfür Ressourcen – ausschliesslich im Zusammenhang mit den Betreuungszustellungen stehend – von der Kantonspolizei ans Betreibungsamt Basel-Stadt transferiert werden können.

Edi Rutschmann Toni Casagrande Sebastian Frehner Alexander Gröflin Patrick Hafner Oskar Herzig
Bruno Jagher Ursula Kissling Roland Lindner Felix Meier Lorenz Nägelin Heinrich Ueberwasser
Andreas Ungricht Rudolf Vogel Samuel Wyss



Anzug Andreas Ungricht betreffend Sicherheit am Rheinbord in den Sommermonaten

In den Sommermonaten erfreut sich die Gegend rund um das Rheinbord (insbesondere von Wettsteinbrücke bis Dreirosenbrücke) und die Kaserne im Kleinbasel einer erhöhten Frequentierung durch Bürgerinnen und Bürger. Gleichermassen lädt dieser Teil der Stadt auch für Ausflüge und andere Freizeitaktivitäten ein. Dieses Gebiet ist auch bei Touristen sehr beliebt.

Immer wieder hört und liest man im Sommer jedoch von Problemen rund um das Rheinbord. Im Rahmen der SVP-Sicherheitskampagne wurde seitens der Bevölkerung oftmals die Meinung kundgetan, dass die Polizeipräsenz dort erhöht werden müsste. Viele Personen meiden am späteren Abend den Heimweg entlang der Rheinpromenade, um Problemen aus dem Weg zu gehen und nicht von alkoholisierten Personen angepöbelt zu werden. Ganz generell empfinden viele Bürger insbesondere in den Abendstunden dieses Gebiet als unsicher.

So finden gerade am Rheinbord regelmässig Trinkgelage, Drogenkonsumationen und weitere unschöne Machenschaften (bis hin zur Prostitution rund um das Kinderspital) statt. Auch Vandalismus und Littering sind Dauerthemen in diesem Gebiet. Seitens der Anwohnerschaft kommen zudem öfters Lärmbeschwerden.

In den späteren Abendstunden werden auch Delikte der Polizei gemeldet resp. von Anwohnern und Spaziergängern wahrgenommen. Pöbeleien, Schmierereien und Gewaltexzesse sind an der Tagesordnung. In diesem Zusammenhang seien nur die versuchte Vergewaltigung im 2008 am Rheinufer, regelmässige Abfallberge und zuletzt auch den Versuch einer Jugendbande einen Gleichaltrigen in den Rhein zu werfen zu erwähnen.

Es ist aus Sicht der Anzugsstellenden daher unabdingbar, dass nicht nur subjektiv sondern auch objektiv die Polizeipräsenz zwingend am Rhein erhöht werden muss.

Die Anzugsstellenden bitten den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten,

1. ob analog den Polizeicontainern in der Innenstadt während anderer Veranstaltungszeiten (z.B. Basel World) am Rheinbord (z.B. Höhe Kaserne / Höhe Wettsteinbrücke oder unter der mittleren Rheinbrücke) in den warmen Sommermonaten einer oder mehrere Polizei-Container aufgestellt werden könnten.
2. ob allfällige weitere sicherheitstechnische Massnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im genannten Gebiet getroffen werden könnten.

Andreas Ungricht Lorenz Nägelin Toni Casagrande Sebastian Frehner Alexander Gröflin Patrick Hafner Oskar Herzig Bruno Jagher Ursula Kissling Roland Lindner Felix Meier Edi Rutschmann Heinrich Ueberwasser Rudolf Vogel Samuel Wyss



Anzug Alexander Gröflin betreffend Installierung von Notrufsäulen an neuralgischen Punkten im Kanton Basel-Stadt

Um die Sicherheit im Kanton Basel-Stadt ist es nicht gut bestellt. Diese Feststellung basiert auf dem subjektiven Sicherheitsempfinden jedes einzelnen Bürgers und kann auch mit vielerlei Statistiken seitens der Behörden nicht negiert werden.

Es ist daher unerlässlich wichtig für Opfer von Gewalttaten, Übergriffen und Überfällen, dass die Polizei als erste Anlaufstelle rasch zur Stelle und vor Ort ist. Oftmals ist die sofortige Ergreifung der Täterschaft verunmöglicht resp. wird die Alarmierung der Notrufzentrale 117 verzögert, da dem Opfer das Handy gestohlen wurde oder das Opfer – oftmals in heilloser Panik – das Mobiltelefon nicht mehr bedienen kann.

In solchem Momenten, nicht zuletzt zur raschen Täterergreifung, wären Notrufsäulen angebracht, welche durch das Opfer oder allfällige Passanten und Zeugen einfach und rasch zu bedienen wären und bei welchen umgehend eine Verbindung zur Polizei-Einsatzzentrale hergestellt werden könnte.

Die Unterzeichnenden bitten daher den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

1. ob die Installation von Notrufsäulen, analog den Säulen auf Autobahnen, im Kanton Basel-Stadt an neuralgischen Punkten (bspw. am Rheinbord, Claraplatz, Theaterplatz, Barfüsserplatz, Steinenvorstadt, Messeplatz etc.) installiert werden könnten.
2. welche weiteren, möglicherweise sinnvollen, Alarmierungseinrichtungen zur raschen Delikt-meldung an die Kantonspolizei in der Stadt aufgestellt werden könnten.

Alexander Gröflin Toni Casagrande Sebastian Frehner Patrick Hafner Oskar Herzig Bruno Jagher
Ursula Kissling Roland Lindner Felix Meier Lorenz Nägelin Edi Rutschmann Heinrich Ueberwasser
Andreas Ungricht Rudolf Vogel Samuel Wyss



Anzug Lorenz Nägelin betreffend Videoüberwachung an neuralgischen Punkten

Gemäss der letzten umfassenden Bevölkerungsbefragung von 2007 liegen die Themen Kriminalität und öffentliche Sicherheit an erster Stelle der offenen Problemliste Basels. Für 95% der Befragten ist das Thema Sicherheit wichtig. Leider nahm das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in den letzten Jahren kontinuierlich ab und es fühlen sich gemäss Umfrage nur noch gerade ~30% sehr sicher, resp. beinahe 40% fühlen sich nachts unsicher oder gehen erst gar nicht raus. Vor allem Frauen sind von dieser Entwicklung betroffen und somit die Leidtragenden.

Anhand jüngster Ereignisse in Basel und anderen Kantonen hat es sich gezeigt, dass Täter mittels passiver Videoüberwachung innert kürzester Zeit gefasst werden konnten. Auch Vandalenakte in öffentlichen Verkehrsmitteln haben dank Videoüberwachung enorm abgenommen und andere Länder, wie z.B. England, haben gute Erfahrungen mit diesem Hilfsmittel.

Aufgrund der immer härteren Gewalttaten, der abnehmenden Hemmschwelle zu körperlicher Gewalt und dem erhöhten Sicherheitsbedürfnis der Menschheit, nimmt die Akzeptanz der Videoüberwachung in der Bevölkerung kontinuierlich zu und scheint für die Prävention sinnvoll zu sein.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob eine vermehrte passive Videoüberwachung an neuralgischen Punkten, unter Einhaltung des Datenschutzes, eingesetzt werden kann.

Lorenz Nägelin Toni Casagrande Sebastian Frehner Alexander Gröflin Patrick Hafner Oskar Herzig Bruno Jagher Ursula Kissling Roland Lindner Felix Meier Edi Rutschmann Heinrich Ueberwasser Andreas Ungricht Rudolf Vogel Samuel Wyss



Anzug Toni Casagrande betreffend Ausgehzeiten in den Asylwohnheimen

Der Kanton Basel-Stadt verfügt bekanntlich über Asylwohnheime, welche sich in Quartieren und an anderen exponierten Stellen befinden. Diese Asylwohnheime sind oftmals für die Anwohnerschaft der umliegenden Liegenschaften und des Quartiers ein Ärgernis.

Häufig wird von Lärmklagen gesprochen, auch sind die hygienischen Zustände rund um die Asylwohnheime teilweise sehr zum Nachteil der übrigen Anwohnerschaft. Generell werden die Plätze und Stellen rund um die Heime von Anwohnern nach Möglichkeit grösstenteils gemieden. Um in den Häusern für Ruhe und Ordnung zu sorgen, sind zudem oftmals private Sicherheitsdienste im Einsatz.

Die besagten Zustände führen häufig dazu, dass sich die Anwohner und Besucher von anliegenden Liegenschaften durch die Asylbewerber gestört fühlen. Oftmals werden diese, durch die Bewohner – welche zumeist vor den Liegenschaften herumlungern – auch gestört und angepöbelt. Eine ähnliche Situation wird auch rund um die Empfangsstelle Bässlergut bei der Wiese, insbesondere in den Sommermonaten, durch Spaziergänger mitsamt Hunden und/oder Kindern, wahrgenommen.

Es ist aus Sicht der Anzugsstellenden unhaltbar, wenn sich die Bevölkerung in den Wohnquartieren und Spaziergänger in Naherholungsgebieten unsicher fühlen müssen, letzten Endes diese Orte meiden.

Die Anzugsstellenden bitten den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten, ob

1. die Ausgehzeiten für die Asylsuchenden in den Asylwohnheimen eingeschränkt werden können.
2. die Asylsuchenden während den Ausgehzeiten begleitet werden können.
3. die kantonalen Behörden beim Bund bezüglich dem durch das Bundesamt für Migration BfM betriebenen Bässlergut vorstellig werden können, um inskünftig zu verhindern, dass die dort sich befindenden Asylsuchenden an der nahe gelegenen Wiese und in der Langen Erlen aufhalten dürfen.

Toni Casagrande Sebastian Frehner Alexander Gröflin Patrick Hafner Oskar Herzig Bruno Jagher
Ursula Kissling Roland Lindner Felix Meier Lorenz Nägelin Edi Rutschmann Heinrich Ueberwasser
Andreas Ungricht Rudolf Vogel Samuel Wyss



Interpellation Samuel Wyss betreffend der Entlöhnung der Feuerwehr, Polizei und Sanität im Kanton Basel-Stadt

Gemäss eines Vergleiches der Nordwestschweizer Kantonspolizeien durch die Firma Perinnova wurde festgestellt, dass die Angehörigen der Basler Kantonspolizei sehr schlecht entlöhnt werden. Dies, obwohl an die Angehörigen unseres Polizeikorps im täglichen Dienst teilweise höhere Anforderungen gestellt werden, als an umliegende Kantonspolizeikorps: Basel ist als Grenzkanton auch Einfallstor für Kriminaltouristen und einer der Hauptdrogenumschlagsplätze der Nordwestschweiz. So sind auch die Beschaffungskriminalität innerhalb unseres Kantones hoch und der Umgang mit den Drogenkranken meist sehr unangenehm und risikobehaftet.

Der Vergleich der Firma Perinnova wird von der JSD-Führung leider und unerklärlicherweise unter Verschluss gehalten.

Die kürzlich beschlossene Lohnerhöhung der Basler Polizisten muss als reiner PR-Gag resp. als Affront gegenüber den Mitarbeitern des Polizeikorps betrachtet werden, wenn man beachtet, dass ältere Mitarbeiter eine eigentliche Lohnerhöhung von nur gerade CHF 40.- erhalten - und dies bei einem Lohnunterschied von fast CHF 1'000.- gegenüber anderen Polizeikorps! Dies erklärt wahrscheinlich auch, weshalb sehr viele Polizisten der Kapo BS zu anderen Kantonspolizeikorps wechseln.

Fragen:

1. Weshalb wird der Vergleich unter Verschluss gehalten? Muss sich der Kanton Basel-Stadt für das Lohnniveau seiner Polizisten schämen oder befürchtet man, dass keine neuen Aspiranten für Basel gefunden werden können, wenn die grosse Lohndifferenz zum Nachbarkanton ersichtlich wird?
2. Wie hoch ist der Lohnunterschied zwischen BS und dem am besten zahlenden Kanton der Nordwestschweiz? (alle Lohnklassen aufgelistet)
3. Wann erhalten die Grossräte eine Kopie der Originalstudie der Firma Perinnova?
4. Ist der "schlechte" Lohn einer der Gründe, weshalb es heute schwer ist, für Basel genügend geeignete Polizeiasspiranten zu finden?
5. Wie viele Basler Polizisten sind in den letzten 10 Jahren zu einer anderen Kantonspolizei, Stadtpolizei oder Gemeindepolizei übergetreten? Wie viele zurück in die Privatwirtschaft?
6. Wie viel Prozent der Absolventen der Polizeischule BS verlassen unser Kantonspolizeikorps vor dem Erreichen des Pensionsalters?
7. Sind weitere unverzichtbare Stützen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Kanton, die Basler Feuerwehrleute, Gefängnisaufseher, Rettungssanitäter und Zivilschützer genauso massiv unterbezahlt wie die Basler Polizisten?
8. Wer hat die Studie der Firma Perinnova in Auftrag gegeben? Wurden Steuergelder aus Basel dazu verwendet und wenn ja, wie viele? Weshalb wurde der Steuerzahler nicht über das Ergebnis informiert?



-
9. Wie viel Geld verliert der Kanton Basel-Stadt durch die Aspiranten, welche nach Abschluss ihrer vom Kanton Basel-Stadt bezahlten Ausbildung zu einem anderen Polizeikorps wechseln?
 10. Wann gedenkt die Basler Regierung ihre Polizisten angemessen zu entlöhen?
 11. In den USA haben schlecht bezahlte Cops mehrfach ihre Frustrationen durch die Misshandlung von Immigranten ausgelebt. In Südamerika und in Afrika ist es üblich, dass schlecht bezahlte Polizisten ihren Lohn durch Schmiergeldannahme oder Nötigung von "Gesetzesbrechern" aufbessern. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass bei einem gewissen Mass an Frustration dies auch in Basel möglich wäre?
 12. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass im Moment viele Basler Polizisten frustriert sind? Toleriert die Basler Regierung Zustände wie unter Punkt 11 genannt, oder möchte sie rechtzeitig – d.h. jetzt - Gegensteuer geben?

Samuel Wyss



Motion Andreas Ungricht betreffend „härtere Massnahmen im Kampf gegen Drogendealer zum Schutze der Bevölkerung“

Seit Jahren schon ist es in Polizeikreisen bekannt, dass Drogendealer Kokain auch im Mund transportieren um sich bei einer Polizeikontrolle durch Verschlucken des Kokains der Beweismittel zu entledigen.

Die entsprechende Drogenbekämpfung ist für die Kantonspolizei Basel-Stadt und deren Polizeibeamten daher mühsam und deprimierend. Oftmals ist den Drogendealern kein Delikt mehr nachzuweisen, eine Verurteilung oftmals verunmöglicht resp. die Strafverfolgung massiv erschwert.

Aus diesem Grunde erscheint es angebracht, weitergehende Massnahmen zu ergreifen um den florierenden Drogenhandel im Stadtkanton – insbesondere in den Sommermonaten entlang des Kasernenareals – wirkungsvoll einzudämmen. In einigen Bundesländern und Städten Deutschlands wurde vor einigen Jahren der Einsatz von Brechmitteln in Erwägung gezogen und teilweise auch angewendet. Bei einem massvollen Umgang erscheint es sich hierbei um eine äusserst wirkungsvolle und repressive Massnahme zu handeln.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat daher um eine Ergänzung des Gesetzes betreffend die „Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt (Polizeigesetz, PolG)“, welche dazu führt, dass Angehörige des Polizeikorps, bei Personen, bei denen Drogenbesitz vermutet wird, unter ärztlicher Aufsicht Brechmittel einsetzen dürfen.

Andreas Ungricht Toni Casagrande Sebastian Frehner Alexander Gröflin Patrick Hafner Oskar Herzig
Bruno Jagher Ursula Kissling Roland Lindner Felix Meier Lorenz Nägelin Edi Rutschmann
Heinrich Ueberwasser Rudolf Vogel Samuel Wyss



Motion Alexander Gröflin betreffend Deliktanzeigen an die Schulbehörden

In den vergangenen Wochen, nach den erschreckenden Vorkommnissen dreier Schweizer Schüler auf Bildungsreise in München, wurde seitens Lehrerschaft der Wunsch einer offenen Kommunikation zwischen Schulbehörde und Strafverfolgungsbehörden laut.

Die Motionäre unterstützen das Vorhaben und erachten es als notwendig, dass die Schulbehörden über Straftaten ihrer Schüler informiert werden müssen. Dadurch können die Lehrerschaften entsprechend dieses Kenntnisstandes mögliche Gefahrenpotenziale ihrer Schülerschaft besser ausloten und die notwendigen präventiven Massnahmen ergreifen.

Die Motionäre bitten daher den Regierungsrat

1. die nötigen kantonalen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, welche eine Informationspflicht seitens der Strafbehörden an die Schulbehörden und die Lehrerschaft bezüglich Gewaltverbrechen und Delikte von Schülerinnen und Schüler zwingend vorsieht.

Dabei gilt insbesondere zu berücksichtigen, dass

2. dies für Taten mit Gewaltanwendungen gilt (z.B. Raub, Körperverletzung, sexuelle Übergriffe) und Drogendelikte.
3. der Datenschutz in angemessenem Rahmen gewährleistet bleibt.

Alexander Gröflin Toni Casagrande Sebastian Frehner Patrick Hafner Oskar Herzig Bruno Jagher
Ursula Kissling Roland Lindner Felix Meier Lorenz Nägelin Edi Rutschmann Heinrich Ueberwasser
Andreas Ungricht Rudolf Vogel Samuel Wyss



Motion Alexander Gröflin betreffen konsequente Nennung von Nationalitäten in Polizeimeldungen

In den letzten Monaten häufen sich die Gewaltverbrechen in der Region Basel massiv. Man bekommt den Eindruck, Raubüberfälle, Vergewaltigungen, Diebstahl und Einbrüche gehören zum "courant normal". Es fällt dabei auf, dass bei Feststellung der Täterschaft in den Polizeiberichten - auch bei Unfällen mit Verkehrsdelikten - nicht konsequent über die Nationalität berichtet wird. Dass dies in den Medien üblich ist, erstaunt angesichts deren mehrheitlicher politischer Ausrichtung nicht. Eine löbliche Ausnahme macht dabei das Online-Medium "Onlinereports".

Beim Volk ist schon lange der Eindruck entstanden, dass aus politischen Gründen angesichts der unübersehbaren kriminellen Ausländerproblematik in der Schweiz ideologisch motivierte Verwischungstendenzen über die Interessen der Öffentlichkeit gestellt werden. Man mache sich da aber nichts vor: Das Volk ist nicht so dumm, wie manche Entscheidungsträger in der staatlichen Verwaltung und in der Politik es gerne hätten. Es gibt keinen Grund, warum die Nationalität von Tätern und Tatverdächtigen in Meldungen der Polizei und Justizbehörden verschwiegen werden soll. Es gibt auch keinen Grund, warum dies bei Minderjährigen gehandhabt werden soll. Das Volk hat grundsätzlich ein Anrecht auf Transparenz. Es hat ein Recht darauf zu erfahren, woher die Leute kommen, die kriminell sind, unsere Region unsicher machen und den Steuerzahler Millionen kosten. Egal wie alt diese Personen sind und woher sie kommen. Das Verschweigen der Nationalität oder deren selektive Nennung führt zu Diskriminierungen und unerwünschten Unterstellungen. Fehlt die Nennung der Nationalität in einem Polizeibericht, so nimmt heute das Volk an, es sei ein Ausländer. Es entsteht häufig der Eindruck, dass die Nennung der Nationalität bei "Schweizern" leicht fällt, hingegen bei Ausländern oft verschwiegen wird. Auch die Unsitte, eingebürgerte Täter oder Tatverdächtige in Polizeimeldungen als "Schweizer" zu bezeichnen, mag juristisch korrekt sein, ist aber nichts anderes als dem Volk Sand in die Augen gestreut. Einige Kantone sind deshalb dazu übergegangen, in solchen Fällen von "Schweizern mit Migrationshintergrund" zu sprechen. Das ist ehrlich.

Eine gleichlautende Motion wurde im Kanton Basel-Landschaft eingereicht.

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die gewährleistet, dass in Meldungen der Polizei und der Justizbehörden die Nationalität oder die Herkunftsregion von Tätern/Täterinnen und Tatverdächtigen konsequent und einheitlich zu nennen ist.

Alexander Gröflin Toni Casagrande Sebastian Frehner Patrick Hafner Oskar Herzig Bruno Jagher
Ursula Kissling Roland Lindner Felix Meier Lorenz Nägelin Edi Rutschmann Heinrich Ueberwasser
Andreas Ungricht Rudolf Vogel Samuel Wyss



Motion Alexander Gröflin betreffend Schaffung eines Sicherheitsbeirates für das Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt

In regelmässigen Abständen wollen uns das Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt (JSD) und die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt weismachen, dass der Kanton Basel-Stadt grundsätzlich sicher sei und sich sämtliche Delikte „im Durchschnitt“ der Statistiken bewegen.

Hört man sich auf der Strasse bei den Bürgerinnen und Bürger um, hört es sich teilweise stark anders an. Um inskünftig den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger unseres Kantons intensiver Gehör zu verschaffen, erachten die Motionäre daher einen Sicherheitsbeirat für das JSD und die Kantonspolizei Basel-Stadt für sinnvoll.

Das Beispiel eines Kundenbeirats wurde jüngst auch von der SBB eingeführt. Die SBB möchte damit die Kundenzufriedenheit erhöhen und so direkt beim Kunden erfahren, wo der Schuh drückt. Auch im Bereich der Sicherheit können einfache Hinweise und Tipps, aber auch Einschätzungen von Bürgerinnen und Bürgern sinnvoll sein und die Departements- und Polizeileitung bei der Planung und Prävention, beispielsweise auch im Bereich „Community Policing“, wesentlich unterstützen.

Die Motionäre bitten daher den Regierungsrat

1. die nötigen kantonalen gesetzlichen Grundlagen zur Schaffung eines solchen Sicherheitsbeirats zu schaffen.

Dabei gilt insbesondere zu berücksichtigen, dass

2. sämtliche mündige Bürgerinnen und Bürger mit schweizerischem Bürgerrecht und Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt sich einer Wahl stellen können.
3. der Rat nicht mehr als 25 Mitglieder besitzt.
4. diese alle vier Jahre auf Vorschlagsrecht des Regierungsrates vom Grossen Rat gewählt resp. bestätigt werden müssen.
5. die Amtsdauer auf 12 Jahre beschränkt wird.
6. sämtliche Bevölkerungsschichten (Stellung, Alter, Geschlecht) darin vertreten sind.
7. der Sicherheitsrat dem Regierungsrat resp. der Departementsleitung JSD Vorschläge unterbreiten kann und die Departementsleitung beratend in ihrer Tätigkeit unterstützt.
8. die Tätigkeit im Sicherheitsrat in angemessenem Rahmen vergütet werden.

Alexander Gröflin Toni Casagrande Sebastian Frehner Patrick Hafner Oskar Herzig Bruno Jagher
Ursula Kissling Roland Lindner Felix Meier Lorenz Nägelin Edi Rutschmann Heinrich Ueberwasser
Andreas Ungricht Rudolf Vogel Samuel Wyss



Antrag Edi Rutschmann zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Strafvollzug von ausländischen Straftätern im Heimatland

Der Regierungsrat wird gebeten, im Namen des Kantons Basel-Stadt bei den eidgenössischen Räten folgende Standesinitiative einzureichen:

Gestützt auf den Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung unterbreitet der Kanton Basel-Stadt folgende Initiative:

Die Bundesversammlung wird ersucht, alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen und einzuleiten, damit der Bundesrat mit anderen Nationen Staatsverträge und Abkommen schliessen kann, welche zulassen, dass verurteilte ausländische Strafgefangene ihre Freiheitsstrafen im Heimatland statt in der Schweiz verbüssen müssen.

Begründung:

Der Strafvollzug in der Schweiz ist sehr teuer und die Kosten hierfür müssen Steuerzahlenden in den Kantonen und Gemeinden tragen. In den Gefängnissen sitzen überproportional viele ausländische Straftäter. Es ist aus Sicht der Antragsstellenden daher nicht mehr als logisch, dass die verhängten Strafen im Heimatland der Täter abgesessen werden müssen.

Die dortigen, zumeist günstigeren Kosten, können dabei von der Eidgenossenschaft übernommen werden. Damit leistet die Schweiz einen zusätzlichen Beitrag an Entwicklungshilfe, da damit auch vor Ort Gefängnisse gebaut und Personal rekrutiert werden kann.

Dabei gilt es zu beachten, dass die Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskommission erfüllt werden und die Haftbedingungen internationalem Standard entsprechen.

Durch diese Massnahme, welche durchaus auch abschreckenden Charakter haben soll, wird bewusst versucht, einerseits die Gefängnisse in den Kantonen zu entlasten und andererseits die Gefängniskosten ganz generell zu senken.

Edi Rutschmann Toni Casagrande Sebastian Frehner Alexander Gröflin Patrick Hafner Oskar Herzig
Bruno Jagher Ursula Kissling Roland Lindner Felix Meier Lorenz Nägelin Heinrich Ueberwasser
Andreas Ungricht Rudolf Vogel Samuel Wyss



Interpellation Heinrich Ueberwasser betreffend gravierende Mängel bei der Überwachung von terroristischen Organisationen in Basel

Nach den Vorfällen gegen Novartis-Mitarbeitende haben die Medien das Phänomen der militanten Tierschützern aufgegriffen und verurteilt. Das Problem dieser Tierschützer ist schon lange bekannt und wird je länger desto grösser, da diese inzwischen sehr skrupellos und analog einer Terrorereinheit handeln. Diese Organisationen werden im Ausland oft als terroristische Organisationen bezeichnet und sind meist verboten. Leider scheint die Polizei mit ihrem massiven Unterbestand und nach der durch den Grossen Rat beschlossenen Personalreduktion beim Staatsschutz, nicht mehr in der Lage zu sein, diese Organisationen erfolgreich zu kontrollieren.

Basel-Stadt hat nach Ansicht des Interpellanten ein grosses Potential für Terroristen: Treibstofftanks im Rheinhafen, welche für die nationale Versorgung wichtig sind, grosse Chemikalienlager und Fabriken, die wichtige Transitautobahn und Eisenbahnlinien Nord/Süd und eine Polizei, welche aus akutem Personal-mangel und Lohnfrust nicht mehr in der Lage ist ihre Aufgaben optimal wahrzunehmen.

1. Wie viele Straftaten in Basel, welche durch militante Tierschützer ausgeführt wurden sind bekannt?
2. Wie gross ist die Schadenssumme, welche militante Tierschützer verursachen?
3. Wie viel davon bezahlt der Steuerzahler?
4. Wie viele zusätzliche Polizisten sind von Nöten, um die Lage in Griff zu bekommen?
5. Kann der Staatsschutz unsere lokal ansässigen „Terror“-Organisationen effizient unter Kontrolle halten, nach der Reduktion welche durch den Grossen Rat beschlossen wurde?
6. Mit der Annahme von Schengen hat die Schweiz sich verpflichtet, sogenannte Schengenersatzmassnahmen zu vollziehen. Gemäss aktiven Baslerpolizisten werden diese nicht oder zu wenig umgesetzt, da die Basler Polizei momentan zu wenig Personal hat. Ab wann rechnet der Regierungsrat mit Rügen oder Massnahmen seitens der Schengenvertragspartnern?

Heinrich Ueberwasser